

6./7. Ausgabe - 21. Juli 2009

DIE LINKE Leipzig – zweitstärkste Kraft

Mit dem landesweit besten Kommunalwahlergebnis von 23,1 Prozent haben wir 16 Mandate für den Leipziger Stadtrat erkämpft. Ich gratuliere an dieser Stelle den gewählten Stadträtinnen und Stadträten zu diesem respektablen Ergebnis und wünsche der neuen Fraktion viel Erfolg. An dieser Stelle sei erwähnt, dass neun von 16 Mandaten an Frauen gingen, zudem sind von den 16 Mitgliedern der Fraktion acht bisherige Stadträtinnen und Stadträte und acht neue. Herzlichen Glückwunsch auch an alle gewählten Mitglieder der Ortschaftsräte, die immerhin in 12 der

14 Gremien eingezogen sind. Darüber hinaus möchte ich mich im Namen des Stadtvorstandes bei allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihr Engagement im Wahlkampf bedanken. Die Ergebnisse waren ein Resultat gemeinsamer Anstrengungen. Sehr viele Genossinnen und Genossen der Basis sowie alle Wahlkampfshelfer haben ihren Beitrag unter Führung des Wahlstabes dazu beigetragen; auch Ihnen, danke ich an dieser Stelle ausdrücklich.

Unser festgelegtes Wahlziel, die Ergebnisse von 2004 zu steigern haben wir nicht erreicht. Außerdem wollten

wir stärkste Partei im Leipziger Stadtrat werden, den Einzug von rechtsextremistischen Parteien verhindern und unsere Spitzenposition bei dem Europawahlergebnis verteidigen. Dies ist uns alles so nicht gelungen. Stellt sich daher die Frage: Hatten wir uns zu viel vorgenommen und uns überschätzt oder die vorhandene politische Situation falsch eingeschätzt? Ein Wahlziel jedoch haben wir erreicht, mehr Bürgerinnen und Bürger an die Wahlurnen zu bewegen.

Die Wahlbeteiligung ist leicht gestiegen. Dies bedeutet, dass die absolute

Mitglieder der neuen Stadtratsfraktion



Siegfried Schlegel



Ines Hantschick



Steffen Wehmann



Carola Lange



Margitta Hollick



Marco Götze



Juliane Nagel



Reiner Engelmann



Mandy Gehrt



Dr. Ilse Lauter



Sören Pellmann



Naomi-Pia Witte



Skadi Jennicke



Birgitt Mai



William Grosser



Jens Herrmann

amtliches Endergebnis

Nach Redaktionsschluss wurde bekannt, dass die Landesdirektion die Wahl zum Stadtrat in fünf Stimmbezirken für ungültig erklärt hat. Daher ist die Zusammensetzung der neuen Fraktion nur als vorläufig anzusehen.

Die Neuwahl in diesen Bezirken soll am 27. September, gemeinsam mit der Bundestagswahl, stattfinden. Die Endergebnisse veröffentlichen wir im Anschluss.

Zahl unserer Wähler zur Kommunalwahl gestiegen ist. Daraus ergibt sich folgendes Bild:

Kommunalwahl:

2004: 113.223 Wählerstimmen

2009: 114.195 Wählerstimmen

Das beste Wahlkreisergebnis holten wir im Wahlkreis sechs mit 33,9 %. Im Wahlkreis vier konnten wir 2.676 reale Stimmen hinzugewinnen. Die meisten Wählerstimmen konnte Reiner Engelmann mit 6.486 Stimmen verbuchen.

Die Zahlen an sich beweisen, das wir uns als linke alternative Gestaltungspartei in Leipzig verankert haben. Wir konnten mit den Kernaussagen unseres Kommunalwahlprogramms viele Bürger-

rinnen und Bürger überzeugen, uns ihre Stimmen zu geben. Die Wahlergebnisse zeigen aber auch, dass wir durch innerparteiliche Strukturveränderungen, hin zu Stadtbezirksverbänden, unsere Kräfte besser konzentrieren konnten und die Wahlergebnisse verbessert wurden. Daraus abgeleitet sollten wir nach der Bundestagswahl die restlichen Stadtbezirksverbände gründen. Neu in unseren Wahlkampf war auch, dass einzelne KandidatInnen einen Personalwahlkampf geführt hatten, der im Ergebnis zeigt, dass dies durchaus sinnvoll für bessere Ergebnisse ist. Kritisch muss gesehen werden, dass sich auch einige Ortverbände über-

haupt nicht an durchgeführten Aktivitäten beteiligt haben. Die Gründe hierfür müssen in den kommenden Wochen analysiert und hinterfragt werden. Es wird die Aufgabe des Stadtvorstandes sein, eine gründliche Wahlanalyse durchzuführen und alle Fakten zu bewerten.

Im Superwahljahr 2009 haben wir die erste Etappe erfolgreich gemeistert, einige Blessuren eingeschlossen. Entmutigen lassen werden wir uns nicht, denn die nächsten Wahlen stehen vor der Tür: die Landtagswahl am 30. August und die Bundestagswahl am 27. September.

Carola Lange

Spenden für Wahlkampf der Leipziger LINKEN

Der erste Teil des Superwahljahres liegt hinter uns. Auch finanziell haben wir den ersten Schritt gut meistern können. Nicht zuletzt deshalb, weil wir entsprechende Spenden für diesen Wahlkampf einwerben konnten. Für die Bemühungen dabei und Euer persönliches Engagement bedanken wir uns an dieser Stelle sehr herzlich. Wir haben unser Ziel von 15.000 € sogar übertroffen.

Dennoch sind wir auch weiterhin auf Eure finanzielle Unterstützung angewiesen. Wir brauchen für die Landtags- und Bundestagswahl wiederum Eure, auch finanzielle Hilfe. Im Unterschied zu den anderen großen Parteien werden wir keine Spenden durch Großunternehmen einnehmen und sind daher auf die Hilfe und Zuwendung vieler Menschen, nicht zuletzt und vor allem unserer Mitglieder und SympathisantInnen, angewiesen, um unser inhaltliches Angebot einer möglichst breiten Öffentlichkeit unterbreiten zu können. Daher möch-

ten wir Euch, liebe Genossinnen und Genossen bitten, uns bei der Finanzierung unserer gemeinsamen Aufgabe zu unterstützen, damit wir besser in der Lage sind, einen möglichst erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Entsprechende Spendenlisten werden Euren SchatzmeisterInnen übergeben.

Darüber hinaus können Spenden auch auf unser Spendenkonto bei der

Sparkasse Leipzig
KontoNr.: 1125504222
BLZ: 86055592

Stichwort:
Wahlkampf 2009
überwiesen werden.

Am Jahresende gibt es dann die entsprechenden Bescheinigungen zur Vorlage beim Finanzamt.

Elke Gladytz/Sören Pellmann

Foren zur Landtagswahl der LVZ

Wahlkreis 4 (LTKW 28)

Do., 23. Juli, 18:30 - 20:30 Uhr

Ort: Ratskeller, Lotterstr. 1

Moderation: Ulrich Milde

Teilnehmer: Christine Clauß (CDU), Skadi Jennicke (DIE LINKE), Dirk Panter (SPD), Sven Morlok (FDP), Katharina Krefft (Grüne)

Wahlkreis 5 (LTKW 29)

Di., 28. Juli, 18:30 - 20:30 Uhr

Ort: Casablanca Restaurant und Pension, Ossietzkystr. 36-38

Moderation: Klaus Staeubert

Teilnehmer: Ronald Pohle (CDU), Monika Runge (DIE LINKE), Anke Kästner (SPD), Nico Müller (FDP), Michael Kolesch (Grüne)

Wahlkreis 6 (LTKW 30)

Do., 30. Juli, 18:30 - 20:30 Uhr

Ort: Gohliser Kulturbulenzen/Pro Gohlis e.V., Gohliser Str. 20

Moderation: Tom Mayer

Teilnehmer: Wolf-Dietrich Rost (CDU), Cornelia Falken (DIE LINKE), Holger Mann (SPD), Isabel Siebert (FDP), Michael Weichert (Grüne)

Wahlkreis 7 (LTKW 31)

Di., 4. August, 18:30 - 20:30 Uhr

Ort: LVZ-Druckerei, Druckereistr. 1

Moderation: Olaf Barth / Frank Pfützze

Teilnehmer: Rolf Seidel (CDU), Luise Neuhaus-Wartenberg (DIE LINKE), Andreas Geisler (SPD), Carsten Pommer (FDP), Gisela Kallenbach (Grüne)

Bundesschiedskommission

In dem Schiedsverfahren Margitta Klug gegen DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, hat die Bundesschiedskommission im schriftlichen Verfahren in ihrer Sitzung vom 6. Juni 2009 beschlossen:

Die Berufung des Antragsgegners gegen den Beschluss der Landesschiedskommission Sachsen vom 16. Januar 2009 wird zurückgewiesen. Die Begründung zu diesem Schiedsspruch ist in der Geschäftsstelle DIE LINKE. Leipzig einsehbar.

Karstadt muss bleiben! Solidaritätsadresse

An den Betriebsrat des
Warenhauses Karstadt Leipzig

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten Ihnen auf diesem Weg unsere Solidarität und Unterstützung im Kampf um die Erhaltung Ihrer Arbeitsplätze übermitteln.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Karstadt sind Opfer einer Bundespolitik, die zwar „Schutzschirme“ über

Banken aufspannt, aber die Interessen der Beschäftigten im „Regen stehen lässt“.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung:

- eine staatliche Bürgschaft zur Rettung der Arbeitsplätze
- Druck auf die BayernLB und Commerzbank zur Kreditvergabe
- In die Pflichtnahme der Familie Schickedanz und des Bankhaus Sal. Oppenheim als Hauptanteilseigner

Mit diesen Forderungen konnten wir am 30. Juni 2009 im Rahmen der „Schutzschirm für Menschen“ – Aktion zahlreiche Bürgerinnen und Bürger vor Ihrem Unternehmen zur Unterstützung gewinnen.

Mit der Übergabe von weit über 250 Unterschriften möchten wir signalisieren, dass Sie nicht allein stehen.

Wir werden uns mit unseren politischen Möglichkeiten für den Erhalt von Karstadt auch weiterhin einsetzen.

Mit solidarischen Grüßen,

Petra Weißfuß/Thomas Netzer

Keine Abschiebung von Asylsuchenden an den Stadtrand. Menschenwürdige Alternativen suchen!

Am 23. Juni besetzten vier Familien die Frauenkirche in Grimma im Landkreis Leipzig, um gegen die unwürdigen Zustände in dem Heim, in dem sie untergebracht sind, zu protestieren. Sie fordern die Möglichkeit in eigenen Wohnungen wohnen zu können. Fehlende Privatsphäre, Ungeziefer, psychische Belastungen durch Lärm und die hohe MitbewohnerInnen-dichte führen zu Depressionen, Unzufriedenheit und aggressiver Stimmung.

Die Lebensbedingungen der Menschen, die aus verschiedensten Gründen, zu meist wegen Verfolgung, Repressionen und Armut, aus ihren Heimatländern in die EU fliehen, ähneln sich dabei vielerorts. Von der zentralen Sammelstelle –in Sachsen ist diese in Chemnitz angesiedelt – werden die Asylsuchenden dann in Städte und Landkreise zugewiesen. In Leipzig lebten zum April 2009 ca. 800 Asylbewerber und Geduldete (Menschen, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt ist), immerhin 60 % von ihnen sind in eigenen Wohnungen untergebracht. Der Rest, an die 300 Personen, lebt in den Heimen in der Torgauer Straße 290 im Nordosten Leipzigs und der Liliensteinstraße 15a in Grünau.

Eine Vorlage aus dem Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, die vor der Sommerpause noch eilig durch die Geschäftsgänge des Rathauses getrieben wurde, sieht vor die beiden Hei-

me zu schließen und eine neue „Unterkunft in Systembauweise am Standort Wodanstraße 17a [...] für die Unterbringung von Asylbewerbern“ zu errichten. Um die 260 männliche Asylsuchende und Geduldete sollen innerhalb eines Jahres in Container-ähnliche Neubauten auf das Areal zwischen Autobahn und Gewerbegebiet umgesiedelt werden, auch neu in Leipzig ankommende Asylsuchende werden dort einen Platz finden müssen. Verschiedene Initiativen und Organisationen aus dem Bereich der MigrantInnen- und Flüchtlingsarbeit wie auch die Stadtratsfraktionen von LINKE und Bündnis 90/ Die Grünen kritisierten das Vorhaben vehement.

Der Leipziger Flüchtlingsrat schreibt in einem Offenen Brief, dass die Stadtrandlage für die Betroffenen eine besondere Härte bedeutet: „Die gesamte soziale Infrastruktur (Kinderärzte, Schule, Kindergärten und Einrichtungen zum systematischen Spracherwerb) sind weit entfernt, die Fahrtkosten kaum leistbar“. Mit ihrem monatlichen Budget von maximal 225 Euro ist selbst das ab 1. August 2009 erwerbbarer Sozialticket für Asylsuchende und Geduldete kaum erschwinglich.

Die Gesellschaft für Völkerverständigung e. V. befürchtet berechtigterweise eine Verschlechterung der Lebensqualität: die geplanten Wohncontainer in „Systembauweise“ fallen hinter die

seit einigen Jahren praktizierte Unterbringung in festen Gebäuden zurück. Die Unterkünfte sollen aus Gemeinschaftsräumen für vier Personen bestehen, jedem und jeder einzelnen stehen laut Plan lediglich 6 qm Wohnraum zur Verfügung (Schlafplatz und Wohnraum) – es dürfte auf der Hand liegen, welche psychische Belastungen das Leben auf engstem Raum, in den Lärm-durchlässigen und temperaturfühligen Gebäuden für die Betroffenen verschiedenster Herkunft und Religionszugehörigkeit langfristig haben wird.

Die Verbannung von nicht erwünschten MigrantInnen an den Stadtrand hat Methode, schließlich sollen sie sich erst gar nicht integrieren. Viele von ihnen warten allerdings seit vielen Jahren auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag und die Möglichkeit der Einbürgerung, viele verschleiern ihre Herkunft um Abschiebungen zu entgehen. Der Zustand des Wartens, die Untätigkeit, zu der viele per Arbeitsverbot oder erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt verdammt sind, und die prekäre soziale Lage werden durch die gedrängte Unterbringung fernab des städtischen Lebens noch verschärft. Der Staat produziert sich hier selbst sozialen Sprengstoff.

Die Hauptmotivation für die Schließung der bestehenden Heime wird in der Verwaltungsvorlage der Stadt Leipzig mit Einsparungen begründet. Nicht nur, dass die Einrichtungen in der Liliensteinstraße und der Torgauer Straße unterbelegt und sanierungsbedürftig seien, gäbe es für das Gelände, auf dem das Heim Torgauer Straße angesiedelt ist,

einen Investor, der 100 Arbeitsplätze schaffen will. „Und Arbeitsplätze haben in Leipzig nun mal Priorität“, zitiert die Leipziger Volkszeitung am 16. Juni 2009 eine Mitarbeiterin des Sozialamtes, die damit jede Kritik an der Inhumanität des Vorhabens sowie der Übereiligkeit des Verfahrens wegwischt. Mehr noch sind die Faktoren, die der Alternativ-Standort-Suche zugrunde liegen selbst rassistisch konnotiert („nicht unmittelbar in einem Wohngebiet - insbesondere entfernt von Schulen, Kindergärten, Spielplätzen - gelegen).

Auch wenn der Stadtrat der Vorlage mit 32 Pro-, 25 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen zustimmte, sind noch nicht alle Messen gesungen. Eine Woche nach der entsprechenden Ratsversammlung fanden sich zahlreiche

Engagierte als „Initiativkreis für die Integration von AsylbewerberInnen“ zusammen. Gemeinsam mit den Betroffenen werden nun Protestaktionen vorbereitet, Stellungnahmen formuliert und andere Möglichkeiten ausgelotet, Alternativen zur Wodanstraße auf die Tagesordnung zu heben.

Nach Auffassung des Flüchtlingsrates Berlin, der als Sachverständiger in einer Anhörung des Innenausschusses im Sächsischen Landtag zum Thema auftrat, schließen Bundes- und Landesgesetzgebung die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden keineswegs aus. Schlussendlich liegt die Entscheidung über die Art der Unterbringung bei der aufnehmenden Kommune bzw. Landkreis. Positive Beispiele gibt es: in Leverkusen oder Berlin können sich

die Betroffenen nach einer Frist von maximal 3 Monaten selbst für die Art der Unterbringung entscheiden, die Mietkosten werden entsprechend Asylbewerberleistungsgesetz als Sachleistungen vom Sozialamt direkt an die Vermieter überwiesen.

Vor dem Hintergrund der prinzipiellen Bereitschaft der Stadt Leipzig Asylsuchende und Geduldete dezentral unterzubringen – darauf verweist die Quote von 60 % in Wohnungen Untergebrachten – muss jetzt die prinzipielle Frage auf die Tagesordnung gehoben werden. ALLEN Asylsuchenden muss die Möglichkeit eingeräumt werden in Wohnungen oder Wohngemeinschaften zu leben – in Leipzig, Grimma und anderswo.

Juliane Nagel

Arbeitsplan der AG Senioren für das 2. Halbjahr 2009

Die Beratungen der AG Senioren beim Leipziger Stadtvorstand DIE LINKE finden jeden ersten Donnerstag im Monat im Liebknecht-Haus, Braustraße 15 statt. Gäste sind herzlich willkommen.

6. August 2009

Was begründet die Forderung: "Austritt aus der Nato". Gast: Joachim Wohlfeld

3. September 2009

Standpunkte der LINKEN zu den Forderungen des Ärztetages 2009. Gast: Gen. Dr. Dietmar Pellmann

1. Oktober 2009

Jung und Alt gemeinsam - statt jeder für sich (Treffen mit Mitgliedern linker Jugendorganisationen). Gäste: Koordinierungsrat LINKSJUGEND

5. November 2009

Wahlauswertung und Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit. Gast: Dr. Volker Külöw

3. Dezember 2009

"Teestunde am Samowar" (Geschichten und Aktuelles aus Russland). Gast: Anton Groß

Vom 27. bis 30. August 2009 findet die Fahrt zum Antifa-Treffen in Mala Upa statt. Interessenten können sich noch melden. Sprecherrat AG Senioren

Die Bilanztour der Linksfraktion im Landtag macht Station in Leipzig



Bildungsstreik berechtigt

Zum bundesweiten Bildungsstreik erklären die bildungspolitische und die hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Cornelia Falken und Heike Werner:

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt die bundesweiten Proteste von Schülern und Studierenden gegen die Missstände im Bildungsbereich. Denn entgegen allen regierungsamtlichen Beteuerungen leidet die Bildung an chronischer Unterfinanzierung. Das wirkt sich auf die

Lehr- und Lernbedingungen in Schulen und Hochschule aus. So kommt es in den Hochschulen infolge der Bologna-Reformen zu einer Verschulung des Studiums. Von einem selbstbestimmten Studium kann kaum noch die Rede sein. Auch die Oberstufenreform an den sächsischen Gymnasien schränkt das selbstbestimmte Lernen ein.

Die Linksfraktion hält die Forderungen der Protestierenden für mehr als berechtigt. Im Freistaat Sachsen lauten die Hauptforderungen: Rücknahme

der Oberstufenreform, Abschaffung des gegliederten Schulwesens und Neufassung des gerade erst novellierten Sächsischen Hochschulgesetzes, das demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten an der Hochschule einschränkt und ein selbst bestimmtes Studium unmöglich macht. Dazu kommt die Forderung nach einer sozialen Öffnung der Bildung, weil Bildung ein Menschenrecht ist.

Wir versichern den Protestierenden, weiterhin für eine ausreichende Finanzierung des Bildungsbereiches zu streiten. 16. Juni 2009

Rentenerhöhung ist vergiftetes Geschenk

Per 1. Juli steigen die gesetzlichen Renten in den neuen Bundesländern um 3,38 Prozent; für den sächsischen Durchschnittsrentner bedeutet das eine Anhebung um monatlich 34 Euro. Parallel dazu wird der Regelsatz für das Arbeitslosengeld II um 8 Euro angehoben. Dazu erklärt der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion Dr. Dietmar Pellmann:

Die seit zehn Jahren höchste Rentensteigerung ist den Ruheständlern wahrlich zu gönnen. Allerdings werden damit die seit 2003 eingetretenen realen Rentenverluste in Höhe von mehr als zehn Prozent nicht einmal annähernd ausgeglichen. Mehr noch: Knapp drei Monate vor den Bundestagswahlen erweist sich die Rentensteigerung als vergiftetes Wahlgeschenk. Nicht nur die Spatzen pfeifen es bereits von den Dächern, dass ab 2010 mit mehreren so genannten Nullrunden zu rechnen ist, selbst wenn die Durchschnittslöhne

steigen sollten. Es ist nämlich bereits angekündigt, dass die gegenwärtig ausgesetzten Dämpfungsfaktoren wieder voll zu Buche schlagen werden.

Und wenn kürzlich vom Bundestag beschlossen wurde, dass es künftig keine Rentenkürzungen geben darf, dann ist das bestenfalls eine Beruhigungspille. Künftige Inflationsraten werden nämlich zu erneuten und dann viel einschneidenderen realen Rentenverlusten führen.

Gerade in den neuen Bundesländern, wo die gesetzliche Rente faktisch das einzige Einkommen Älterer ist und wo die gesamten Alterseinkünfte um mehr als ein Fünftel unter denen Westdeutschlands liegen, sind daher dringende Initiativen von den jeweiligen Landesregierungen nötig, um fortschreitende Altersarmut zumindest einzudämmen. So muss es endlich zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den in den alten Bundesländern kommen. Gleiches gilt

für die Abschaffung sämtlicher Dämpfungsfaktoren, für die Rücknahme des Renteneintrittsalters 67 und für einen jährlichen Inflationsausgleich.

All diese Forderungen hat die Linksfraktion in der zu Ende gehenden Legislaturperiode im Landtag zur Abstimmung gestellt und wird sie auch künftig konsequent weiter verfolgen. Die noch amtierende Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen haben durch ihre kaum überbietbare Verweigerungshaltung die Interessen älterer Menschen in Sachsen verraten.

Gleiches gilt für die Regelleistungen der von Hartz IV unmittelbar betroffenen 530.000 Menschen im Freistaat. Auch von den nunmehr für Einzelpersonen gewährten 359 Euro ist kein Leben außerhalb von Armut möglich. Deshalb muss es zu einer spürbaren Anhebung der Beträge kommen, weil ansonsten die von vielen zu Recht geäußerte Befürchtung Realität wird, dass die Ärmsten die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu schultern haben.

30. Juni 2009

Sächsisches Wirtschaftsministerium versagt bei EU-Fördermitteln

Zu der Diskussion über die 200 Millionen Euro verfallener EU-Fördergelder und die Rolle des sächsischen Wirtschaftsministeriums dabei erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Dr. André Hahn: Es geht hier nicht um eine verfehlte Punktlandung, wie das Wirtschaftsministerium suggeriert, sondern um

eine Summe, mit der man zweitausend Hightech-Arbeitsplätze schaffen könnte. Schlimmer noch: Während sich der Staat verschuldet, um Konjunkturprogramme zu finanzieren, lässt man in Sachsen „geschenktes Geld“ wieder zurückgehen.

Siebeneinhalb Jahre hatte das sächsische Wirtschaftsministerium Zeit, mit

diesen Fördermitteln professionell umzugehen. Wenn es trotz Verlängerung der Frist um ein halbes Jahr nicht geklappt hat, zeugt das nicht gerade von gutem Management. Dies muss sich in der nächsten Legislaturperiode ändern. 1. Juli 2009

weitere Informationen zur Linksfraktion im Sächsischen Landtag unter:
www.linksfraktion-sachsen.de

Steuerdebatte ist Vernebelungstaktik

"Mit der aktuellen Steuerdebatte soll die Bevölkerung für dumm verkauft und mental für weitere soziale Grausamkeiten weichgeklopft werden", kommentiert die stellvertretende Vorsitzende und steuerpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Barbara Höll, die fortgesetzte Debatte von SPD, Union, FDP und inzwischen auch Bundespräsident Horst Köhler um Steuererhöhungen oder -senkungen. Höll weiter:

"Wer wahlkampf-taktisch motivierte Steuersenkungen verspricht und Steuererhöhungen ausschließt, dem bleibt nur eine Senkung der Staatsausgaben, um den Haushalt einigermaßen im Griff zu behalten. Deshalb sind die Steuer-versprechen von Union und FDP sozialpolitische Zeitbomben. Die Steuerfrage darf nicht mit einem Entweder-Oder, sondern mit einem Sowohl-als-auch beantwortet werden.

Die Reichen und Vermögenden, die zuletzt nicht mehr wussten, wohin mit all ihrem Geld, und es daher der Spekulation zugeführt haben, müssen stärker besteuert werden. Für all diejenigen, die selbst zu Boomzeiten noch reale Lohneinbußen hinnehmen musste, ist es höchste Zeit die Steuern zu senken. Das ist nicht nur ein Gebot der Rezession – zur Steigerung von Massenkauflkraft und Binnennachfrage –, sondern vor allem auch eines der Steuergerechtigkeit."

30. Juni 2009

Verheerende Kinderrechte-Bilanz der Regierung

„Nach Ansicht der Bundesregierung sollen Kinderrechte offenbar überall gelten – nur nicht in Deutschland“, erklärt Jörn Wunderlich, nachdem die Koalitionsfraktionen es im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abermals abgelehnt haben, sich mit der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz und der Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention zu befassen. Für den familienpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE steht deshalb fest: „Die Kinderrechte-Bilanz der großen Koalition ist beschämend. Die Union will keine Kinderrechte, die SPD hat ihr Gewissen verkauft und

lässt die Kinder im Stich.“

„Für wohlfeile Versprechen lässt sich die Bundesfamilienministerin immer gern feiern. Wenn es aber um die koordinierte Umsetzung durch Bund, Länder und Kommunen geht, sitzt Ursula von der Leyen bereits in der nächsten Talkshow“, ergänzt Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion. Auch sie verweist auf die miserable Bilanz der Regierung: „Kinderarmut und Sozialabbau haben das Recht auf Bildung und Gesundheit eklatant verletzt. Der Entwurf eines Kinderschutzgesetzes musste wegen massiver fachlicher Mängel von der

Koalition zurückgezogen werden. Er enthielt nur Kontrollverschärfungen, aber keine Verbesserungen im alltäglichen Kinderschutz der Jugendämter. Mit ihren Internet-Sperren gegen Kinderpornografie bekämpft die Regierung nicht die Kindesmisshandlung, sondern nur den Rechtsstaat. Seit Hartz IV und Agenda 2010 steigt die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die ins Heim kommen, weil das Kindeswohl nicht mehr gewährleistet werden kann. Der Kita-Ausbau verläuft schleppend, der Qualitätsaspekt der Kinderbetreuung wird dabei völlig vernachlässigt. Die berechtigten Streiks der Erzieherinnen und Erzieher sind die logische Folge.“

1. Juli 2009

Konsequenzen aus dem Karlsruher Urteil zum EU-Reformvertrag ziehen

"Auf das auch von der LINKEN erstrittene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum EU-Reformvertrag muss eine intensive Debatte über die Ausgestaltung demokratischer Teilhabe und Kontrolle in der EU folgen", fordert Monika Knoche. Die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE schlägt dazu vor:

"Eine Konsequenz aus dem Urteil sollte eine Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes sein, um im Bereich der Menschenrechte verbesserte Individualklagen und Verbandsklagen durchsetzen zu können.

Eine weitere Konsequenz müsste die Einführung von Volksentscheiden sein, immer dann wenn nationale Kompeten-

zen von Deutschland auf die EU übertragen werden.

Ratsam wäre zudem ein imperatives Mandat für die Bundesregierung im Europäischen Rat.

Großes Gewicht legt DIE LINKE auf das Bestimmungsrecht des Parlaments in der Frage der militärischen Beteiligung deutscher Soldaten bei der Battle Group. Das deutsche Parlament muss außerdem in die Lage versetzt werden, über die Inhalte der europäischen Sicherheit- und Verteidigungspolitik mitzubestimmen.

Weil nicht selten Eigenzuständigkeiten der Bundesländer durch EU-Kommissionsbeschlüsse berührt werden, muss der Bundesrat gestärkt werden.

Und nicht zuletzt sollte das Begleitgesetz diesmal von Anfang an allen demokratischen und fachlichen Anforderungen genügen."

10. Juli 2009



für sozial Benachteiligte, Familien, Rentnerinnen und Kranke. Endlich Reiche höher besteuern. Damit es hierzulande gerecht zugeht. www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

Fraktion DIE LINKE hat sich konstituiert – klares Bekenntnis zu sachbezogener Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien

Auf ihrer konstituierenden Sitzung hat die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig am 25. Juni 2009 einen neuen Vorstand gewählt.

Auf Vorschlag des Stadtvorsitzenden Dr. Volker Külöw wurden Dr. Ilse Lauter als Vorsitzende, Reiner Engelmann und Skadi Jennicke als Stellvertreter sowie Naomi-Pia Witte als Beisitzerin gewählt. Damit hat die neue Fraktion bei klaren und eindeutigen Voten ihre Arbeitsfä-

higkeit hergestellt.

Die Fraktion DIE LINKE arbeitet auf der Grundlage des Wahlprogramms „Für ein solidarisches Leipzig“. Dieses Programm gibt uns inhaltliche Vorgaben und den politischen Auftrag als alternative Gestaltungspartei.

Unsere linke Handschrift bedeutet Realitätssinn, Zuverlässigkeit und Ausweitung politischer Gestaltungsmöglichkeiten, aber auch konstruktive

Kooperationsbereitschaft, um außerparlamentarische und parlamentarische Mehrheiten für notwendige Veränderungen zu gewinnen. Daher suchen wir wieder die sachbezogene Zusammenarbeit mit allen im Stadtrat vertretenen demokratischen Parteien im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Leipzigs.

Die größten inhaltlichen Schnittmengen sehen wir dafür in den nächsten fünf Jahren mit den Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Ilse Lauter
Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE LINKE beantragt Förderprogramm für Unternehmen im Zuge der Einführung einer Umweltzone

Die Gesundheitsgefährdung durch eine überhöhte Feinstaubbelastung in Leipzig steht außer Frage. Der Grenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter wird innerhalb des Stadtgebietes weit häufiger als die gesetzlich tolerierten 35 Überschreitungen/Jahr überschritten. Entsprechend ihrem Wahlprogramm unterstützt deshalb die Fraktion DIE LINKE die Einrichtung einer Umweltzone in der Stadt.

Gleichzeitig ist sich Die LINKE der möglichen Folgen und ihrer Verantwortung für die hiesige Wirtschaft (mittelständi-

sche Unternehmen und Kleinunternehmer) und der damit verbundenen Arbeitsplätze bewusst. Daher fordert DIE LINKE ein entsprechendes Förderprogramm der Stadt Leipzig unter Prüfung diesbezüglich bestehender Bundesprogramme. Mit ihm sollen betroffene Unternehmen angemessen entlastet werden. Die Fraktion DIE LINKE hat deshalb einen Antrag ins Verfahren gebracht, welcher den Oberbürgermeister auffordert zu prüfen, inwieweit ein städtisches Förderprogramm aufgelegt werden kann, um betroffene Gewerbe-

treibende bzw. Unternehmen bei der Nachrüstung ihrer Fahrzeuge zu unterstützen.

Gleichzeitig fordern wir den Freistaat Sachsen auf, von der Stadt Leipzig nicht nur die Umweltzone öffentlich und medial in "populären Interviews" zu fordern, sondern im gleichen Atemzug den betroffenen Städten und Unternehmen behilflich zu sein. Auch im Bereich der Umweltpolitik muss die Dresdener Landesregierung zu ihrer Verantwortung stehen und darf nicht durch weitere Aufgabenverlagerung die ohnehin finanziell angespannten Kommunen weiter belasten.

Dr. Ilse Lauter
Fraktionsvorsitzende

Konjunkturpaket wird für Leipziger Soziokultur zum Bremsklotz

Zur Verwaltungspanne bei der Beantragung für Mittel aus dem Konjunkturpaket II für Leipziger soziokulturelle Zentren

Die Situation, dass jetzt gerade jene soziokulturellen Einrichtungen in die Röhre kucken, für die sich im Wahlkampf alle Parteien stark gemacht haben und die angeblich auch Oberbürgermeister Burkhard Jung so sehr am Herzen liegen, ist nicht nur ärgerlich, sondern schlichtweg skandalös.

Sicher kann man bei einem derartig unverhofft eintretenden Geldsegen wie dem Konjunkturpaket II nicht erwarten, dass alles in routinierten Bahnen verläuft. Dass aber eine Finanzierungssumme von rund vier Millionen Euro einfach durchs Raster rutscht, dafür kann es kein Verständnis geben. Die

interministerielle Lenkungsgruppe in Dresden, die über die von der Stadt beantragten Mittelanforderungen entscheidet, muss sich fragen lassen, ob ihre Ausschreibungskriterien präzise genug waren und ob es nicht doch Entscheidungsspielraum gegeben hätte. Die Verwaltung hat andererseits ein riskantes Spiel gespielt, wenn sie die unverzichtbaren Fördermaßnahmen für den Anker, das Werk II, das Conne Island und das Theatrum umgetopft hat, weil im Infrastrukturpaket kein Platz mehr war.

Oberbürgermeister Jung hat sich jetzt in eine delikate Situation gebracht: Um

niemandem weh zu tun, vertröstet er die Kulturstätten auf das nächste Haushaltsjahr. DIE LINKE wird ihn an sein Versprechen erinnern. Dass die Leipziger Soziokultur derart hinten an steht, haben weder die engagierten Mitarbeiter vor Ort verdient noch steht es einer lebendigen Stadtkultur in Leipzig gut zu Gesicht.

Skadi Jennicke
Stadträtin

Nach Redaktionsschluss

Am Freitag, 10. Juli 2009, gab die Landesdirektion bekannt, dass der Wahlanfechtung in fünf Leipziger Stimmbezirken stattgegeben wurde und dort eine Neuwahl stattfinden muss. Das bedeutet, dass der bisherige Stadtrat bis zur Konstituierung des neuen im Amt bleiben wird.

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,
Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Diskurs

jeden 1. Montag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:30 Uhr, Carl-Ludwig-Institut, Seminarraum 4, Liebigstraße 27a

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Mo., 27. Juli 2009 - 18:00 Uhr

Wahlauftakt im Wahlkreis 27 mit MdL Dr. Volker Külöw und MdL Dr. Dietmar Pellmann, Völkerfreundschaft, Stuttgarter Allee 9.

Di., 4. August 2009 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: aktuell-politische Gesprächsrunde. LHL.

Fr., 7. August 2009 - 15:00 Uhr

Wahlauftakt für die Landtagswahl in Sachsen, u. a. mit Dr. André Hahn, Burgplatz.

Di., 11. August 2009 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, ehemaliges Gemeindeamt Burghausen, Miltitzer Straße 1.

Mi., 12. August 2009 - 18:00 Uhr

Buchlesung mit MdL Kerstin Köditz: (Autorin): „UND MORGEN? Extreme Rechte in Sachsen“, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Str. 112.

Mi., 12. August 2009 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdL Dr. Volker Külöw und Reiner Engelmann zur Zukunft des Elstertausees, N.N.

Do., 13. August 2009 - 18:30 Uhr

Diskussionsveranstaltung zum Thema: "Wo hin fließen unsere Steuergelder? - Bildungsgerechtigkeit in Sachsen - alles Pisa oder was?" Mit MdB und Bundestagskandidatin

Dr. Barbara Höll und der Stadträtin und Kandidatin für die Landtagswahl, Skadi Jenicke, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a.

Mo., 17. August 2009 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdL Dr. Monika Runge und MdB Dr. Barbara Höll, anschließend Kultur mit Ingo Graf, Stottmeister, Kohlweg 45.

Di., 18. August 2009 - 19:00 Uhr

LVZ-Forum mit André Hahn, vorherige Anmeldung notwendig

Mi., 19. August 2009 - 17:30 Uhr

Bürgerforum mit MdB Dr. Barbara Höll: „Wer bezahlt die Krise? – Arbeitsmarktpolitische Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise“, Volkssolidarität, Kieler Str. 63.

Fr., 21. August 2009 - ganztags

Täve Schur auf Wahlkampftour in Leipzig, u. a. im Landtagswahlkreis 26.

Sa., 22. August 2009 - 15:00 Uhr

Kinderfest im Landtagswahlkreis 30 mit MdL Cornelia Falken, Arthur-Bretschneider-Park.

Sa., 22. August 2009 - 18:00 Uhr

Diskussionsrunde zum Sachsensumpf mit MdL Dr. Volker Külöw und J. Roth, N.N.

Mo., 24. August 2009 - 18:00 Uhr

Diskussionsrunde mit Dr. Dieter Janke zum

Thema: „Kann man mit dem ‚Kapital‘ der Finanzkrise begegnen?“ Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll, Gorkistraße 120.

Mo., 24. August 2009 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Böhlitz-Ehrenberg, Große Eiche, Leipziger Straße 81.

Do., 27. August 2009 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, KOMM-Haus, Selliner Straße 17.

Sa., 29. August 2009 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. In dieser Reihe zeigen wir politische und gesellschaftskritische Filme. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: "Amarcord", LHL.

So., 30. August 2009 - 8:00 Uhr

Landtagswahl in Sachsen

Di., 1. September 2009 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: zur aktuellen Situation in Russland, mit Prof. Ernstgert Kalbe, LHL.

Sa., 5. September 2009 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. In dieser Reihe zeigen wir politische und gesellschaftskritische Filme. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: "Home of the Brave", LHL.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto-Nr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 8/2009 ist Donnerstag, 6. August 2009. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.